

Ein Jahr Rot-Grün:

Pleiten, Pech und Pannen

„Die Bilanz der vor genau einem Jahr angetretenen Regierung ist bedrückend“, erklärten der CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble und Michael Glos, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag, am Mittwoch, 27.10.1999, in Berlin. Nach einem Jahr Rot-Grün habe sich zwar „manches in Deutschland verändert, aber nicht zum Besseren, sondern zum Schlechteren.“ Die Regierung unter Bundeskanzler Schröder verfüge über „keinen klaren Kurs und kein klares Konzept.“ Das politische Handeln sei durch den ständigen „Zickzackkurs nicht „berechenbar“.

Angesichts der Erfahrungen dieses Jahres stehe fest, dass es die rot-grüne Regierung aus eigener Kraft nicht schaffen werde. Da es so keine drei Jahre weitergehen könne, forderte Schäuble den Bundeskanzler erneut auf, das Gesprächsangebot von CDU und CSU endlich aufzugreifen und auf die Opposition zuzugehen. Die Union sei in der Rentenfrage bereit, mit der Regierung zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Allerdings werde sie einer „kurzfristigen Manipulation“ der Renten für die kommenden zwei Jahre nicht zustimmen.

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● CDU Präsidium

Wolfgang Schäuble und Erwin Teufel: Große Erfolge für die CDU bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg. Seite 3

● Umwelt

Trittin leistet umweltpolitischen Offenbarungseid. Seite 4

● Herbstgutachten

CDU/CSU-Kritik an Eichels Finanzpolitik wird bestätigt. Seite 7

● Mittelstand

Bericht vom Mittelstandskongress in Koblenz. Seite 13

● Öffentlichkeitsarbeit

Im Angebot: Werbemittel für die Advents- und Weihnachtszeit. Seite 18-20

● Dokumentation

Ein verlorenes Jahr. Bilanz deutscher Politik ein Jahr nach dem Amtsantritt Gerhard Schröders. Grüner Teil

Fortsetzung von Seite 1

Schäuble unterstrich, dass der Abbau der Arbeitslosigkeit, an dem Schröder seine ganze Politik habe messen wollen, zum Stillstand gekommen sei. Auf dem Arbeitsmarkt bewege sich nichts mehr. „Während die Arbeitslosigkeit unter der Regierung Kohl 1998 saisonbereinigt um 400 000 gesunken ist, steigt sie seit dem Frühjahr 1999 wieder an.“ Auch das Wirtschaftswachstum sei im Winterhalbjahr 1998/99 eingebrochen, so dass sich die Wachstumsprognosen für das nächste Jahr ausschließlich auf eine verbesserte Auslandsnachfrage stützen könnten. Zudem lahmte die Investitionstätigkeit, und auch der Aufbau Ost komme nicht weiter voran. Von daher sei eine rasche Verständigung über eine durchgreifende Steuerreform notwendig, um die Wachstumsdynamik für die Wirtschaft zu verbessern. Außerdem gelte das Gesprächsangebot auch für die Gesundheitsreform und eine Zusammenfassung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Schäuble und Glos machten deutlich, dass die Union für eine „große Koalition“ nicht zur Verfügung stehe.

Zehn Jahre nach dem Mauerfall

Vor zehn Jahren am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer. Seit dieser Zeit bestimmen nicht mehr Vokabeln wie Kalter Krieg oder Eisener Vorhang unser Leben. Lokalisierung zur Wissensgesellschaft sind die Kennzeichen der neuen Zeit. Unter dem Motto „Brücken bauen“ lädt die CDU zum 4. Berliner Gespräch nach Potsdam in die Villa Kampffmeyer an der Glienicker Brücke ein. Termin: 7. November, 11.00 Uhr. Es spricht der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble.

Zur Bilanz der Union sagte der CDU-Vorsitzende: „Wir haben unseren Oppositionsauftrag gut angenommen. Wir haben kraftvoll Opposition gemacht, und die Wählerinnen und Wähler haben dies offensichtlich auch so gesehen.“ CDU und CSU hätten sich nach der Wahlniederlage weder zerstritten noch lange resigniert.

Siehe auch Dokumentation „Ein verlorenes Jahr“ im Grünen Teil dieser Ausgabe.

Bund verschiebt Lasten auf Kommunen

Der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz erklärt: In der Anhörung des Haushaltsausschusses zum Haushaltssanierungsgesetz wurde vom Bundesverband der kommunalen Spitzenverbände deutlich gemacht, dass von dem sogenannten 30 Milliarden „Sparpaket“ 20 % allein auf die kommunalen Haushalte verschoben werden (pauschalisiertes Wohngeld, Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe und anderes mehr).

Die Summe für die Zeit bis 2003 betrage nicht 492 Mio. DM wie im Gesetz-

entwurf angesetzt, sondern 12,2 Milliarden DM. Das sind mehr als das 20fache dessen was Rot-Grün behauptet. Konsequenzen sind u.a. weitere „Sparmaßnahmen“ bei kommunalen Investitionen. Das geht zwangsläufig zu Lasten von Wachstum und Beschäftigung.

Die Städte und Gemeinden haben in den letzten Jahren unter großen Anstrengungen ihre kommunalen Haushalte konsolidiert und dürfen dafür jetzt nicht bestraft werden!

Das Verschieben von Bundesaufgaben auf die Kommunen ist keine Reform. Mit Sparen hat es auch nichts zu tun.

Großer Erfolg für die CDU in Baden-Württemberg

„Das Wahlergebnis in Baden-Württemberg fügt sich nahtlos in die Reihe der bedeutenden Erfolge der CDU in diesem Jahr ein“, erklärte der CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble nach der Präsidiumssitzung in Berlin. Nach neuesten Zwischenergebnissen gehe die CDU flächendeckend als Siegerin aus der baden-württembergischen Kommunalwahl hervor. In allen größeren Städten habe die CDU stark zugelegt. Ministerpräsident Erwin Teufel fügte im Anschluss an den Parteivorsitzenden hinzu: „Wir haben Ergebnisse erreicht wie seit 20 Jahren nicht mehr.“ Neben qualifizierten Kandidaten verfüge die CDU über einen klaren Kompetenzvorsprung in den Bereichen Beschäftigung und Ausbildung.

Kritisch äußerte sich Schäuble über die andauernde „Orientierungs- und Substanzlosigkeit“ der Politik Schröders. Man sei überrascht, dass der Bundesregierung „immer neue Ideen einfallen, wie sie ihre Regierungspolitik infrage stellt“, bemerkte Schäuble über die bisherige Koalitionsarbeit. „Die Debatte über die Rente mit 60 ist ein weiterer Beweis für das unglaubliche Durcheinander der Regierungspolitik.“ Ähnliches gelte für die Debatte um die Ver-

mögensabgabe und die Steuerpolitik: „Eine Steuererhöhungsdebatte aus Neidmotiven eines Teils der Sozialdemokratie beschädigt weiterhin die Investitionsneigungen in Deutschland sowie die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt.“ Die Wirtschaft benötige jedoch Planungssicherheit.

Das erste Jahr der Regierung Schröder sei ein verlorenes Jahr für Deutschland, unterstrich Schäuble. Dies beweise auch die Tatsache, dass der Leitantrag des SPD-Bundesvorstandes an den Bundesparteitag im Dezember das erste Jahr der Regierungstätigkeit „völlig ausblendet“. Weil dies die nächsten drei Jahre nicht so weitergehen dürfe, forderte Schäuble die Bundesregierung auf, mit der Union darüber zu reden, „was man gemeinsam unternehmen kann.“ Vorrangig sei, in der Alterssicherung Verlässlichkeit zu garantieren. Deshalb sei die Union in der Rentenpolitik gesprächsbereit. Gleichzeitig stellte er jedoch klar, dass die CDU der rot-grünen Gesundheitsreform nicht zustimmen könne.

Der CDU-Vorsitzende kritisierte ferner den Zickzackkurs der Bundesregierung gegenüber der Lieferung von Panzern an die

Fortsetzung auf Seite 4

Starke Gewinne der CDU in den Städten

Bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg hat die CDU in einigen Städten und Gemeinden Gewinne von mehr als zehn Prozentpunkten erzielt. In Stuttgart wird die CDU weiterhin die größte Fraktion stellen. In Mannheim, bislang eine Hochburg der Sozialdemokraten, hat die CDU erstmals seit 1945 die SPD überflügelt. Die CDU verbesserte sich dort von 32,4 im Jahr 1994 auf 47,1 Prozent, während der Stimmenanteil der Sozialdemokraten mit knapp 36 Prozent fast konstant blieb. In Pforzheim steigerte sich die CDU um 17 Punkte auf 53 Prozent, in Ulm um 13 Punkte. Auch in Karlsruhe, Tübingen, Freiburg, Heidelberg und Heilbronn liegt die CDU deutlich vor den Sozialdemokraten.

Trittin leistet umweltpolitischen Offenbarungseid

Zu der Ankündigung von Bundesumweltminister Jürgen Trittin, die umweltpolitischen Zielsetzungen der rot-grünen Koalitionsvereinbarung aufgeben zu wollen, erklärt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umwelt- und Energiepolitik der CDU, Kurt-Dieter Grill MdB:

Mit der Ankündigung von Bundesumweltminister Trittin, die Reformprojekte der rot-grünen Regierungskoalition neu bewerten und sich auf das Machbare konzentrieren zu wollen, gibt er eine Bankrotterklärung rot-grüner Umweltpolitik ab. Auch Trittin muss nun einsehen: Die vollmundigen Absichtserklärungen der rot-grünen Koalitionsvereinbarung sind in der Umweltpolitik – wie in anderen Politikbereichen auch – völlig an der Realität vorbei formuliert worden. Die rot-grünen Umweltziele wurden nicht erreicht. Der Anspruch der Grünen, die Umweltpartei in Deutschland zu sein, wird praktisch aufgegeben.

Für Trittin bedeutet die Abkehr von seinen Positionen und von seinem eigenen umweltpolitischen Ansatz auch eine persönliche Bankrotterklärung. Angesichts der miserablen Umweltbilanz nach seinem ersten Amtsjahr fordert Trittin neue Maßstäbe zur Bewertung seiner Arbeit. Deutlicher kann eigenes Versagen wohl kaum zum Ausdruck gebracht werden. Sein

Scheitern wirft die Frage auf, ob er daraus nicht die Konsequenzen ziehen und seinen Hut nehmen sollte.

Es zeigt sich erneut, welch geringe Bedeutung die Regierungskoalition der Umweltpolitik beimisst. Mit der jetzigen Rolle rückwärts bewegt sie sich noch weiter weg von den Zielen, die sich die Grünen selbst gesteckt haben. Trittin muss den Menschen nun reinen Wein einschenken und konkret benennen, welche umweltpolitischen Projekte noch in Angriff genommen werden sollen.

Insbesondere in Fragen des Klimaschutzes darf sich Herr Trittin nicht länger um ein schlüssiges Konzept herumdrücken, wenn das Erreichen des Klimaschutzzieles ernsthaft vorangebracht werden soll. Selbst Umweltexperten in den Reihen der Koalition sind inzwischen der Auffassung, dass die Zeit politischer Absichtserklärungen endgültig vorbei sei. Nicht nur die Umweltverbände müssen ernüchtert und enttäuscht feststellen, dass Deutschland, bislang anerkanntes Vorbild in Fragen des internationalen Klimaschutzes, in die Beratungen des 5. Klimagipfels in Bonn derart konzeptionslos in eine UN-Klimakonferenz hineingelaufen ist, wie noch keine andere deutsche Bundesregierung zuvor. Der gute Ruf Deutschlands in der internationalen Umweltpolitik wird so fahrlässig aufs Spiel gesetzt.

Fortsetzung von Seite 3

Türkei. „In der einen Woche plädiert man für eine möglichst schnelle Aufnahme der Türkei in die Europäische Union, in der nächsten Woche behandelt man die Türkei in einer Art und Weise, die nicht die Kräfte unterstützen, die sich für demokratische

und rechtsstaatliche Strukturen einsetzen.“ Dabei habe die Türkei jetzt eine große Chance, ihre Probleme im Zusammenleben mit dem kurdischen Bevölkerungsanteil durch die Gewährung von Autonomie so zu lösen, dass sie auf ihrem Weg zu verlässlichen stabilen rechtsstaatlichen Strukturen entscheidend vorankommt.

Wer länger lebt, kann nicht früher in Rente

Der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble erklärte in einem Interview der „Bild“-Zeitung:

„Die Rente mit 60 ist absurd. Die Menschen werden immer älter. Da macht es keinen Sinn, die Leute immer früher in den Ruhestand zu schicken. Die Rente mit 60 wäre ein Riesensubvention für die jungen Arbeitnehmer. Denn: Es sollen alle rund 30 Millionen Beitragszahler zusätzlich zur Kasse gebeten werden, damit etwa zwei Millionen ältere früher in Rente gehen können. 28 Millionen Arbeitnehmer würden also fünf Jahre lang bezahlen, ohne einen Pfennig

davon wieder zubezukommen. Damit wird gerade den Jungen das Geld genommen, mit dem sie sich eine eigene Zusatzversorgung für das Alter aufbauen könnten.

Alle bisherigen Frühverrentungs-Programme haben gezeigt, dass nur sehr wenige neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Gegenteil ist richtig: Wir müssen die Lebensarbeitszeit mittelfristig behutsam verändern. Die Menschen müssen sich mit dem Gedanken vertraut machen, dass die längere Lebenserwartung künftig auch dazu führt, erst später in Rente gehen zu können. Wer länger lebt, kann nicht früher in Rente!

Friedensnobelpreis – Signal für Menschlichkeit und Toleranz

Zur Verleihung des Friedens-Nobelpreises an „Ärzte ohne Grenzen“ erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers:

Zu der Verleihung des Friedens-Nobelpreises an „Ärzte ohne Grenzen“ gratuliert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion der Organisation und allen Ärzten, die sich im Rahmen von „Ärzte ohne Grenzen“ für Menschen in Not ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft und ihrer religiösen oder politischen Überzeugungen eingesetzt haben. Diese Ärzte haben bei Katastrophen und in bewaffneten Konflikten vielen Menschen das Leben gerettet und ihnen auf vielfältige Art geholfen. Sie haben dies freiwillig getan unter Hinnahme der Risiken für ihr eigenes

Leben. Ihnen gilt dafür unser Dank und tiefer Respekt.

Mit dieser Preisverleihung würdigt das Nobelpreiskomitee nach vielen Jahren endlich das Engagement dieser mutigen Ärzte und setzt damit zugleich ein wichtiges Signal für das humanitäre Engagement. Dies ist in Zeiten zunehmender ethnischer, religiöser und politischer Spannungen unter den Menschen von unschätzbare Bedeutung. Es zeigt, dass es unbeschadet der ethnischen, religiösen, kulturellen und politischen Unterschiede eine gemeinsame Basis gibt, die in der Humanität und der Toleranz ihren Ausdruck findet. Die Einsicht dazu zu stärken, muss unser aller Anliegen sein. Deshalb ist diese Preisverleihung so sehr zu begrüßen.

Kulturelles Europa darf nicht unter die Räder kommen

In die Diskussion um die Aufhebung der deutschen und österreichischen Buchpreisbindung hat sich erneut die Sprecherin der EVP/ED-Fraktion im Kulturausschuß des Europäischen Parlaments, die CDU-Europaabgeordnete Doris Pack, eingeschaltet. Doris Pack erklärte in Brüssel, dass das Kulturgut Buch nicht nach rein wirtschaftlichen Kriterien behandelt werden könne. „Ansonsten kommt das gemeinsame kulturelle Europa unter die Räder“, beteuerte Doris Pack.

Mit dem Wegfall der über 110jährigen Buchpreisbindung im deutschsprachigen Raum befürchtet Doris Pack, dass ein Großteil des heutigen Angebots von derzeit 750.000 deutschsprachigen Titeln verschwinden werde und die derzeit 100.000 Neuerscheinungen sich auf wenige populärere Bücher reduzieren werden. „Anspruchsvolle Literatur und Fachbücher mit kleineren Auflagen bleiben auf der Strecke. Verheißungsvolle Autoren werden die Leidtragenden sein, denn bislang konnten die Verlagshäuser aus dem Gewinn des Bestsellerverkaufs andere Ver-

lagswerke subventionieren“, so die saarländische Europaabgeordnete. Die Gefahr bestehe, dass kleinere Buchhandlungen und damit die fachliche Beratung großen Buchhandlungsmärkten weichen müssten und kleinere und mittlere Verlage chancenlos wären. „Alle Anstrengungen die Menschen über das Lesen von Qualitätsliteratur zu mehr Bildung zu motivieren, wären dann vergebens. Helfen kann letztlich nur die Einsicht der Europäischen Kommission, dass Bücher Inbegriff der Kulturregionen sind und besondere schützende Rahmenbedingungen brauchen“, so Doris Pack.

Als Beispiel der negativen Entwicklung bei einer Aufhebung der Buchpreisbindung führte die Kulturpolitikerin die USA an. Großen Handelsketten hätten dort den unabhängigen Buchhandel praktisch verdrängt, so dass innerhalb von fünf Jahren die Buchpreise um 62 % angestiegen seien. In Frankreich habe man die Preisbindung nach mehr als zwei leidvollen Jahren 1992 wiedereingeführt, und auch Schweden denke über eine Wiedereinführung nach.

Repnik: Vermögensabgabe rechtlich problematisch

Zum Thema „Vermögensteuer“ erklärte Hans-Peter Repnik, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der „Stuttgarter Zeitung“ (15.10.88): „Schröder hat noch nach der Sachsenwahl gesagt, er sei gegen eine Vermögensabgabe. Dennoch wird diese Abgabe vermutlich auf dem SPD-Parteitag beschlossen werden. Und zwar wider besseres Wissen, um einer revoltierenden Partei irgendwas zum Fraß vorzuwerfen.“

Das Bundesverfassungsgericht hat ein deutliches Urteil gesprochen. Die Vermögensteuer, so wie sie bestand, ist verfassungswidrig, und eine Vermögensabgabe, wie sie jetzt von der SPD angedacht wird, ist nach meiner Überzeugung verfassungsrechtlich auch höchst problematisch. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass Vermögen in aller Regel bereits durch das Einkommen einer Besteuerung unterzogen wurde. Dieses Vermögen einer Sonderlast zuzuführen anstatt es dem Finanzmarkt für Investitionen zur Verfügung zu stellen, ist konjunkturpolitisch falsch.“

CDU/CSU-Kritik an Eichels Finanzpolitik wird bestätigt

Zum Herbstgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute erklärt der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion **Dietrich Austermann**: Mit deutlicher Kritik belegen die Wirtschaftsforschungsinstitute die Finanzpolitik der Bundesregierung. Sie sei für die nachhaltige Verbesserung von Wachstum und Beschäftigung unzureichend. Das Wirtschaftswachstum von CDU/CSU-Regierungszeiten wird längst nicht erreicht.

„Die Feststellung, dass der prognostizierte konjunkturelle Aufschwung im wesentlichen vom Export getragen werde und im wesentlichen demographische Gründe für den Rückgang der Arbeitslosigkeit verantwortlich seien, zeigt, dass die Koalition von einer wachstums- und beschäftigungsorientierten Politik im Inland noch weit entfernt ist. Die bislang völlig verfehlten Ansätze der Koalition lassen hierbei keine Wende zum Besseren erwarten.“

(Gerda Hasselfeldt, finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht sich in ihrer Auffassung bestätigt, dass echte Einsparungen in den öffentlichen Haushalten der richtige Weg sind, um die Staatsquote zu senken. Gleichzeitig muss aber die Steuerbelastung von Bürgern und Unternehmen verringert werden.

Völlig zu Recht betonen die Institute, dass von dem 30 Mrd. DM-„Sparpaket“ der Bundesregierung weit weniger als die Hälfte tatsächliche Einsparungen sind, sondern, es sich überwiegend um Lastenverschiebungen auf andere öffentliche Haushalte (Sozialversicherungen, Länder, Ge-

meinden), Luftbuchungen und noch nicht konkretisierte Einsparungen handelt.

Eine schallende Ohrfeige versetzen die Wirtschaftsforscher der Steuerpolitik von Schröder und Eichel. Die bisherige Steuerpolitik wird nicht zur notwendigen Wachstums- und Beschäftigungsdynamik und die geplante Unternehmenssteuerreform wird eher zur „Investitionsdämpfung“ führen.

Die Forderung der Institute nach einer raschen Steuerreform mit einer durchgreifenden Senkung aller Steuersätze im gesamten Tarif wird von der CDU/CSU ausdrücklich begrüßt. Nur so lassen sich zusammen mit einer richtigen und nachhaltigen Sparpolitik die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung verbessern.

„Wir brauchen eine durchgreifende Steuerreform mit einer Nettoentlastung von mindestens 30 Mrd. DM für alle Bürger. Sie muss Arbeitnehmer motivieren und Unternehmer anspornen, neue Aktivitäten zu entwickeln. Besonders wichtig ist ein geringer Eingangsteuersatz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und zur Erleichterung des Einstiegs in den Arbeitsmarkt. Der Spitzensteuersatz muß im internationalen Vergleich niedrig sein, um Investitionsanreize zu bieten. Diese Linie wird von den Instituten unterstützt – sie kritisieren zu Recht die unausgegorenen Unternehmensteuerpläne der Regierung.“

(Gunnar Uldall, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht sich bei den weiteren Beratungen des

Fortsetzung auf Seite 8

Deutschland braucht eine Offensive für die Landwirtschaft

Anlässlich der Bauerndemonstration in Berlin erklärt der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:

Die Bilanz der rot-grünen Agrarpolitik nach einem Jahr ist vernichtend. Die schlechten Verhandlungen bei der Agenda 2000, das sog. Steuerentlastungsgesetz, die willkürliche Senkung der Vorsteuerpauschale, die sog. Ökosteuer sowie die einschneidenden Kürzungen im Agrarhaushalt belasten die deutsche Landwirtschaft in den nächsten Jahren mit 5 Mrd. DM. Dies bedeutet Einkommensverluste bis zu 25 % und enorme Wettbewerbsnachteile für die deutsche Landwirtschaft, die vor- und nachgelagerten Bereiche sowie den ländlichen Raum.

Der Schröder-Regierung ist offensichtlich die Bedeutung der Landwirtschaft für Deutschland nicht bewusst. Jeder 8. Arbeitsplatz hängt direkt oder indirekt von

der Landwirtschaft ab. Molkereien, Schlachthöfe, der Agrarhandel, die Landmaschinenindustrie, um nur einige zu nennen, leben von der Landwirtschaft. Regionale Erzeugung von Fleisch und Milch ist auch im ureigensten Interesse der Verbraucher, da nur so Einfluss auf die Produktionsweise und Qualität unserer Lebensmittel genommen werden kann. Unsere Kulturlandschaft mit ihrer regionalen Vielfalt wurde durch die Landwirtschaft geschaffen. Sie wird von ihr gepflegt und erhalten. Ohne unsere landwirtschaftlichen Betriebe kann der ländliche Raum nicht mehr so erhalten werden wie die weitaus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung es wünscht.

Die Sorgen der heute hier in Berlin Demonstrierenden müssen im Interesse unserer Landwirtschaft und des ländlichen Raumes endlich von der Regierung ernst genommen werden.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Fortsetzung von Seite 7

„Sparpakets“ und des Bundeshaushalts 2000 in ihrer Generallinie: „Sparen und Investieren für die Zukunft und gleichzeitig die Steuern zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung ab 1. 1. 2000 deutlich senken“ durch die Wirtschaftsforscher nachdrücklich bestätigt. Bei den bevorstehenden Beratungen im Bundestag und Bundesrat werden wir durch eine Reihe von Änderungen darauf hinwirken, dass die Ausgaben per Saldo stärker gekürzt

werden, gleichzeitig die beschäftigungsfördernden Investitionen erhöht werden. Zusammen mit den sich abzeichnenden höheren Steuereinnahmen gewinnen wir damit Raum für die Senkung der Nettokreditaufnahme und können zur dringend notwendigen Stärkung von Wachstum und Beschäftigung ab 1. 1. 2000 die Einkommenssteuersätze im gesamten Tarifbereich deutlich senken. Nur eine solche Politik wird zur Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit beitragen.

Klimakonferenz in Bonn:

EU muss weiter führende Rolle im Klimaschutz einnehmen

„Die Europäische Union muss weiter eine führende Rolle im Klimaschutz einnehmen“, fordert der CDU-Europaabgeordnete Peter Liese, Vertreter des Europäischen Parlaments bei der Klimakonferenz in Bonn.

„Der destruktiven Haltung der Vereinigten Staaten und anderer Länder muss die Europäische Union wie bisher energisch entgegengetreten. Um die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu erhalten und eine weltweite Klimakatastrophe zu vermeiden, sind enorme Anstrengungen erforderlich. Das Kyoto-Protokoll ist dabei nur ein erster Schritt. Daher darf es auf keinen Fall verwässert werden“, so Liese.

Innerhalb der Europäischen Union habe Deutschland als größtes Land eine besondere Verantwortung.

„Der frühere Bundeskanzler Kohl und die früheren Umweltminister Töpfer und Merkel sind dieser Verantwortung immer gerecht geworden. Daher hat sich die frühere Regierung auch zu einem ehrgeizigen Reduktionsziel von 21% CO₂ verpflichtet. Wenn die neue Regierung an diesem Ziel festhalten will, so kann man sie nur dabei unterstützen. Bedauerlich ist jedoch, dass andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union wesentlich weniger ehrgeizig sind. Dies erschwert unsere Verhandlungsposition auf internationaler Ebene“.

Gewerbebeanmeldungen rückläufig

Zu dem erschreckend hohen Rückgang der Gewerbebeanmeldungen im Jahr 1999 erklärt der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:

Die Politik der rot-grünen Regierung zeigt Wirkung – der Aufschwung ist gebremst, der Abschwung ist, wie befürchtet, in vollem Gange. Die Bekämpfung der Selbstständigkeit zeigt erschreckende Erfolge und dies leider nicht nur zum „Schein“ sondern als traurige Realität.

Die Zahl der Gewerbebeanmeldungen ist nach den neuesten Angaben des statistischen Bundesamtes bis Mai 1999 um 6,2 % gegenüber dem vergleichba-

ren Vorjahreszeitraum gesunken. Dies ist ein Rückgang um 22.019 Anmeldungen! Nachdem die Zahl der Neuanmeldungen 1997 und 1998 deutlich gestiegen war, ist dies eine radikale Trendwende.

Mit der Anmeldung eines Gewerbes ist regelmäßig der Gewinn neuer Arbeitsplätze verbunden. Die Anzahl der Gewerbebeanmeldungen ist stets ein Indiz dafür, ob die staatlichen Rahmenbedingungen dem Gewerbetreibenden den Weg in unternehmerische Verantwortung und unternehmerisches Risiko erleichtern oder ihn geradezu abschrecken, sich gewerblich zu betätigen.

Bundeswehr wird an die Wand gefahren

Zu der Anhörung zum Verteidigungsetat im Haushaltsausschuss erklärten der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann, und der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Die Sachverständigen bei der von der Opposition durchgesetzten Anhörung zum Verteidigungsetat im Haushaltsausschuss haben ein düsteres Bild von der Zukunft der Bundeswehr gemalt. Konflikte in der Regierungskoalition sind offen zu Tage getreten.

Bundesverteidigungsminister Scharping verdeutlichte, dass bei der beabsichtigten Absenkung des Verteidigungsetats von 18,6 Mrd. DM gegenüber der früheren Finanzplanung in den nächsten vier Jahren die Bundeswehr zum Notfall in der NATO wird. Selbst eine große Personalreduzierung bringt nicht die Freiräume für notwendige Investitionen. Diese Auffassung Scharpings ist sowohl bei der SPD als auch bei den Grünen umstritten.

Die Bundeswehr braucht aber für die Zukunft, für ihren Umbau und ihre Modernisierung einen berechenbaren und nicht absinkenden Finanzbetrag. Sonst wird sie gegen die Wand gefahren!

Der stellvertretende Generalinspekteur der Bundeswehr hat deshalb zu Recht weitere Eingriffe als nicht vertretbar bezeichnet.

Bundeswehr und Wehrtechnik brauchen jetzt Orientierung. Der BDI hat darauf hingewiesen, dass 50%, also 9 Mrd. DM des Kürzungsvolumens, die Industrie treffen dürfte, die bereits im Nerv getroffen ist. Von dauerhafter Schädigung wurde gesprochen. Kleine Unternehmen hätten keine Reserven mehr. Hochtechnologie wird gestoppt.

Wenn aber der wehrtechnischen Industrie wegen der Technologieentwicklung und der Arbeitsplätze geholfen werden soll, ist dies nicht einmal bei einem dramatischen Personalabbau möglich. Bei einem Beibehalten der geplanten Absenkung des Verteidigungsetats würde selbst eine Personalreduzierung von 50.000 Soldaten nicht zu genügend Spielraum für die notwendige Modernisierung der Bundeswehr führen.

Es kann deshalb keinen anderen Weg geben, als den Verteidigungsetat zumindestens auf konstanter Höhe zu halten. Die CDU/CSU wird deshalb eine Aufstockung des Verteidigungsetats um 1,7 Mrd. DM für das Jahr 2000 und eine stabile Finanzplanung in den Beratungen zum Haushalt fordern.

Krieg um einen einzigen Panzer

THE INDEPENDENT (London): „Die unglückliche Koalition führt einen Krieg um einen einzigen Panzer. Sozialdemokraten und Grüne haben sich in der vergangenen Woche eine öffentliche Schlacht geliefert. Anscheinend sind sie sich nicht bewusst, welche Effekte ihre Streitereien im vergangenen Jahr gehabt haben: Katastrophale Wahlniederlagen für beide. Doch prominente Grüne, durch eine Reihe von Rückziehern geschwächt, haben geschworen, dass ihre Partei diesmal auf dem Schlachtfeld standhalten werde. Kanzler Schröder, der in diesem Jahr schon mehr Kehrtwendungen vollzogen hat als ein Berliner Taxifahrer in seinem ganzen Leben, führte den Gegenangriff. Unvermeidlich wurde ein fauler Kompromiss erreicht: Die Türken bekommen den Panzer unter der Voraussetzung, dass sie während der Amtszeit der derzeitigen Koalition nicht noch um weitere bitten. Nach Lage der Dinge wird das ja eh nicht mehr lange sein.“

HANS-JOCHEN VOGEL, SPD

Scharfe Kritik

Zu den professionellen Fehlern in den ersten Monaten nach Übernahme der Regierung zählte Vogel, dass zu viel zu rasch und ohne genügende Vorbereitung der Öffentlichkeit in Angriff genommen worden sei. Er beklagte die zeitliche Verknüpfung des Schröder-Blair-Papiers mit dem Sparprogramm der rot-grünen Bundesregierung. Dieses von Kanzler Schröder und Großbritanniens Premierminister Tony Blair entworfene Papier erwecke den Eindruck, es gehe weniger um die Konsolidierung des Haushalts, sondern eher um eine Annäherung an den Neo-Liberalismus.

Tagesspiegel

MITTELSTAND

Miss-Stimmung

Der Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) hat die Auswirkungen der Regierungspolitik auf den Mittelstand scharf kritisiert. Die Regierung habe ihre Versprechen nicht gehalten, sagte DIHT-Präsident Hans Peter Stihl auf einem Kongress anlässlich des 150jährigen Jubiläums der Industrie- und Handelskammer zu Bielefeld.

Konkret wandte sich Stihl gegen weitere Arbeitszeitverkürzungen. Auf diese Weise könnten keine neuen Stellen entstehen. Eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit – also die Rente ab 60 – sei utopisch

Die Welt

ENTWICKLUNGSHILFE

Enttäusched

Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander. Die Rot-grüne Bundesregierung hat ihr Versprechen nicht eingehalten, den deutschen Beitrag zur Entwicklungspolitik qualitativ und quantitativ aufzuwerten. Das kritisierten die beiden Hilfs-

werke Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes.

Die geplanten finanziellen Kürzungen bei der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ständen in krassem Widerspruch zu einer zukunftsorientierten internationalen Politik. Sie widersprächen den Aussagen des Bundeskanzlers aus seiner Regierungs-erklärung vor einem Jahr.

Tagesspiegel

RENTENPOLITIK

Beklemmung wächst

Es ist beklemmend, was sich in Deutschland unter dem Stichwort Rentenpolitik abspielt. Es geht ja bis jetzt nur um die Präliminarien einer grundlegenden Reform. Die Beklemmung wächst, wenn man sieht, wie der zuständige Minister in diesem Streit politische Kontur verliert. Was will Riester? Man kann nicht absurde Phantastereien über eine Rente mit sechzig anheizen und gleichzeitig als derjenige gelten wollen, der bald – wann eigentlich? – der jungen Generation einen Weg aus der Renten-falle zeigen wird. Wenn die Sozialversicherung von den Aktiven nicht mehr als Sicherheitsversprechen, sondern als Zwangs-anstalt empfunden wird, ist sie erledigt. Die Politik treibt auf diese Schwelle zu.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

EU-ARBEITSMARKT

Fiktion

Die Bundesbank hält nicht viel von einer gemeinsamen Arbeitsmarktpolitik der EU. Mehr noch: Eine verbindliche Strategie, die alle 15 Mitgliedsstaaten unter einen Hut bekommen will, sei zum Scheitern verurteilt, schreiben die Bundesbanker der Gemeinschaft ins Stammbuch. Diese Erkenntnis ist gewiss nicht neu. Doch im Gegensatz zu vielen Politikern hat sich die Bundesbank getraut, die Wahrheit zu sagen.

Süddeutsche Zeitung

Unverantwortliche Kürzungen im Drogen-Präventionsbereich

Der Beauftragte für Drogenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hubert Hüppe, erklärt zu den von der Bundesregierung geplanten Kürzungen im Bereich der Drogen-Prävention:

Die von der Bundesregierung betriebene Kürzung des Drogenpräventionsbereichs um eine Million oder fast acht Prozent auf 12 Millionen DM steht in augenfälligem Kontrast zu allen Äußerungen insbesondere der grünen Drogenbeauftragten Christa Nickels, die stets den hohen Stellenwert der Prävention beschwört.

Zunächst hatte der Gesundheitsausschuss auf Antrag der CDU/CSU mit den Stimmen aller Fraktionen diese Streichungspläne der Bundesregierung zurückgewiesen. Zwar hatte sich Christa Nickels für die Mittelkürzung ausgesprochen, doch die Gesundheitspolitiker waren sich über

Fraktionsgrenzen hinweg einig, dass die Bedeutung der Drogenprävention und das Ziel, Menschen vor Sucht zu bewahren, höchste Priorität hat und keine Abstriche gestattet.

Kurz darauf hat sich jedoch die rot-grüne Koalitionsmehrheit in der entscheidenden Sitzung des Haushaltsausschusses über dieses Votum des zuständigen Fachausschusses hinweggesetzt. Es wird also voraussichtlich bei der von der Bundesregierung geplanten Beschneidung der Präventionsmaßnahmen bleiben.

Gleichzeitig will Rot-Grün im nächsten Jahr zwei Millionen DM zusätzlich für das Heroinabgabeprojekt aufwenden. Offensichtlich soll auf Kosten der Prävention ein Teil des Modellversuchs zur staatlichen Heroinabgabe finanziert werden.

Doppelzüngige Politik

Zu Presseberichten über den Leitantrag für den SPD-Bundesparteitag, in dem unter anderem auf die Pflegeversicherung eingegangen wird, erklärt der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Josef Laumann:

Es gibt kaum ein besseres Beispiel für eine heuchlerische und doppelzüngige Politik als den Umgang der Sozialdemokraten mit der Pflegeversicherung. Im Rahmen des Sparpakets will die SPD-geführte Bundesregierung die Beiträge, die der Bund für Arbeitslosenhilfe an die Pflegekassen zahlt, senken. Das hinterlässt in den Pflegekassen ein Finanzloch von 400 Millio-

nen Mark jährlich. In ihrem Leitantrag für den SPD-Bundesparteitag im Dezember hingegen stellt die Partei Zeitungsberichten zufolge ein verbessertes Leistungsangebot bei der Pflegeversicherung in Aussicht – „gemäß dem Spielraum, den das Mittelaufkommen langfristig bietet“.

Diese Aussage ist schon ein starkes Stück, ist es doch die SPD selbst, die das Mittelaufkommen beschneidet und damit den Spielraum für Leistungsausweitungen verringert. Wer es wirklich ernst meint mit einem besseren Leistungsangebot der Pflegeversicherung, der muss für solide Finanzen bei den Pflegekassen sorgen.

4. Bundesdelegiertenversammlung in Koblenz:

Zukunfts- und kampagnefähig – die MIT steckt sich große Ziele

Am 22. und 23. Oktober fand in Koblenz unter Beteiligung von circa 1.000 Delegierten und Gästen die 4. Bundesdelegiertentagung der MIT statt. Neben der Neuwahl des Bundesvorstandes standen die Reden des Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundesfraktion, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, sowie des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagod, im Vordergrund.

Eine neue Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU stellte sich in der Rhein-Mosel-Halle. Nach einem finanzpolitischen Kraftakt aus dem „Tal der Tränen“ heraus, präsentierten der alte und neue Bundesvorsitzende Peter Rauen MdB und seine Freunde eine in sich ruhende, und moderne Organisation als Fundament für ein Mehr an Profil auf der Suche nach Kompetenz und wirtschaftspolitischer Meinungsführerschaft in der Union. Aus der seit einem Jahr – nicht zuletzt mit Unterstützung der MIT – veränderten politischen Gewichtung in den Ländern, gelte es, die richtigen Konsequenzen zu ziehen, die intellektuelle Auseinandersetzung zu suchen, stärker das Gemeinwohlinteresse herauszuarbeiten.

Für Peter Rauen jedenfalls steht fest: Dieser Kongress hat die Mittelständler auf dem Weg zu ihren Zielen ein gutes Stück voran gebracht. Und dabei dankte er ausdrücklich den „Weichenstellern“ wie dem PKM-Vorsitzenden Hansjürgen Doss MdB, den stellvertretenden Vorsitzenden Ernst Hinsken MdB genauso wie Schatzmeister Peter Jungen und Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen.

Wolfgang Schäubles engagierte Ansprache entwickelte sich dann zu einer schonungslosen Abrechnung mit Rot-Grün und der Politik Bundeskanzler Schröders, dessen Wählertäuschungen und gebrochenen Versprechen, die eindeutig mittelstandsfeindliche Gesetzgebung bei der sogenannten Scheinselbständigkeit, den 630-Mark-Jobs, der Unternehmensteuer und der Ökosteuern.

CDU und CSU wendeten sich gegen diese Politik der Rosstäuscherei und stellten ihr ein Konzept niedrigere Steuern für alle gegenüber. Dafür gebe es mit der erfolgreichen Finanzpolitik Gerhard Stoltenbergs Anfang der achtziger Jahre ein überzeugendes Vorbild. Deshalb halte man auch an den als richtig erkannten Petersberger Beschlüssen fest, die die SPD-geführte Bundesratsmehrheit zum Schaden unseres Landes blockiert habe.

Dazu gebe es keinerlei Alternativen. Auf jeden Fall sei die Union bereit, gemeinsam mit der Koalition die auf den Nägeln brennenden Reformen – ohne Verzicht auf die eigenen einmal als richtig erkannten Grundsätze – auszugehen. Dies gelte insbesondere für die Unternehmensteuerreform, die Reform der Sozialsysteme, des Gesundheitswesens und der Rentenversicherung. Schäuble warnte die Koalition davor, die bisherige Praxis des Wortbruchs und des Wählerbetrugs fortzusetzen und das Vertrauen in die staatlichen Sicherungssysteme endgültig zu verspielen. Gefragt seien ein Mehr an Wahlfreiheit und Eigenverantwortung anstelle weitere staatlicher Gängelei und Budgetierung wie etwa im Gesundheitsbereich, wo der „Marsch in eine Zwei-Klassen-Medizin“

eingeläutet werde. Die Union sehe in diesem Bereich dagegen einen der größten Zukunftsmärkte angesichts des deutlich gestiegenen Freizeit- und Fitnessbewußtseins, auf den es sich einzustellen lohne.

Dass die Beliebigkeit des Kanzlers kaum noch Grenzen kenne, zeige sein Hantieren bei der von der IG Metall geforderten „Rente mit 60.“ Die Union jedenfalls werde sich mit weiteren zusätzlichen Belastungen der jungen Generation nicht abfinden, zumal das wirkliche Probleme, die weitere Auszehrung der Rentenversicherung ungeklärt bleibe: die Arbeitslosigkeit. Der CDU-Vorsitzende machte noch einmal deutlich, dass uns die Arbeit in Deutschland nicht ausgehe, aber nicht zu angemessenen Preisen zu haben sei. Deshalb komme es darauf an, Anreize für geringer bezahlte Arbeit zu schaffen, die Schwelle abzusenken. Sei doch die Arbeit ein Wert an sich und allemal besser als Sozialhilfe. Jeder Mensch, jedes Talent, ob stark oder schwach, werde gebraucht, keiner dürfe ausgegrenzt werden. Dies sei kein bequemer Weg, und die Opposition werde an nichts mitwirken, was die Union bei einer Regierungsübernahme behindern könnte. Mit ausdauernden „Standing Ovation“ dankten die Mittelständler Wolfgang Schäuble.

Eine vernichtende Bilanz des ersten Jahres der Regierung Schröders zog der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand, Hansjürgen Doss MdB, in seinem Rechenschaftsbericht. Er erinnerte an die falschen Versprechungen an die „Neue Mitte“ wie „Mittelstand wird Chefsache“ und „Im Kanzleramt wird es eine Querschnittstelle Mittelstand geben“.

Viel Beifall gab es auch für die Ausführungen des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Bernhard Jagoda. Für ihn ist der Mittelstand klar, „Motor der Sozialen Marktwirtschaft“. Dabei verändere der Strukturwandel die Anforderungen, die an die Qualifikationen der Menschen gestellt würden.

Die Bedeutung der Bildung werde weiter zunehmen. Im Jahre 2010 dürfte der Anteil der Arbeitsplätze für Ungelernte von 17 Prozent (1995) auf 11 Prozent sinken, die der Hochschulabsolventen von 14 Prozent auf 17 Prozent steigen. Auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft sollten die sekundären Dienstleistungen wie in Forschung und Entwicklung, in Organisation und Management, beim Betreuen, Beraten und Lehren eindeutig zu den Beschäftigungsgewinnern zählen. Bei den Produktionsdienstleistungen (Maschinen einrichten und erstellen, herstellen und reparieren) dürfte die Beschäftigung deutlich zurückgehen, bei den primären Dienstleistungen wie Handelstätigkeiten, Büroarbeiten, Reinigen, Transportieren und Sichern würden sie leicht abnehmen.

Im eher internen Teil der Beratungen schloß sich eine lebhafte Aussprache an den positiven Rechenschaftsbericht des Bundesschatzmeisters Peter Jungen an. In den beiden vergangenen Jahren habe er seine Aufgabe vor allem darin gesehen die Liquidität zu sichern, die Feststellung der wirklichen finanziellen Lage der MIT durch die renommierte Prüfungsgesellschaft KPMG testieren zu lassen und die Sanierung mit einem ganzen Paket von Einzelmaßnahmen fortzusetzen, um die Selbständigkeit zu erhalten. Wichtig sei dabei der Verzicht auf Zuwendungen von Seiten der Mutterpartei gewesen. Tagungspräsident Hansjürgen Doss MdB würdigte die erfolgreiche Arbeit des Schatzmeisters in einer so schwierigen Lage mit dem Satz: „Wir sind heute wieder zukunfts- und kampagnefähig.“

Den Höhepunkt des Abends bildete die Ernennung von Ehrenmitgliedern. Die MIT dankte hiermit Richard Bosse, Wilhelm Keller und Dr. Hans Burggraf für ihr jahrzehntelanges Engagement in der Vereinigung. Ausgezeichnet wurden ebenfalls die Kreisverbände de MIT, die am erfolgreichsten an der Mitgliederwerbaktion der MIT teilgenommen hatten.

Fortsetzung auf Seite 15

NRW-CDU:

Schulen in Ordnung bringen

Die CDU verspricht im Falle eines Wahlsieges in NRW den Kampf gegen Stundenausfall zu forcieren. 2000 zusätzliche Lehrer sollen im Vorgriff auf Pensionierungen eingestellt werden. CDU-Spitzenkandidat Jürgen Rüttgers sagte, Bildung sei die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Deshalb müssten die Schulen in Ordnung gebracht werden.

Eine wesentliche Ursache für das schlechte Abschneiden nordrhein-westfälischer Schülerinnen und Schüler in internationalen und nationalen Vergleichsstudien liegt darin, dass die Schüler in NRD zu wenig Unterricht erhalten. In NRW fällt inzwischen jede achte Unterrichtsstunde aus. Auch in der von der Kultusministerkonferenz herausgegebenen Statistik der erteilten Unterrichtsstunden schneidet Nordrhein-Westfalen bundesweit schlecht ab. Selbst nach einer Stichprobenuntersuchung von Schulministerin Behler, fallen je nach Schulform zwischen 5,8 und 7,9 Prozent der Schulstunden an den NRW Schulen aus.

Tatsächlich kommt es bei einzelnen Schulen zu Unterrichtsausfällen von bis zu 11,4 Prozent. Bei einem Unterrichtsausfall von 10 Prozent gehen im Laufe eines Schülerlebens 1 bis 1,5 Jahre verloren. Eine der Ursachen für den massiven Unterrichtsausfall liegt in der nicht mehr existierenden Vertretungsreserve zum Ausgleich von Unterrichtsausfall, über die die Schulen bis vor einigen Jahren noch verfügten. Die Stellenreserve (1994 noch 4774 Stellen) wurde abgeschafft, wodurch ca. 400 Mill. DM eingespart wurden. Diese Mittel wurden aber nur zu einem Viertel für das untaugliche Ersatzsystem „Geld statt Stellen“ bereitgestellt. Der Rest diente der Haushaltssanierung.

Unterrichtsausfall höher als zugegeben

Diese Zahlen sind schon schlimm genug. Sie geben aber bei weitem nicht das ganze Problem des Unterrichtsausfalls in Nord-

Fortsetzung von Seite 14

Unter dem Leitwort des Kongresses „Wachstum, Beschäftigung, Selbständigkeit“ standen auch die meisten Anträge.

Richtungsweisend unter eins und drei etwa die der Landesverbände Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen „Zukunft durch Handeln für die Mitte“ und „Orientierung für eine christlich-demokratische Politik“, über die zusammen abgestimmt wurden. Darin wird die Entwicklung des Mittelstands zu einem neuen gesellschaftlichen Leitbild gefordert, bei dem sich der selbständige Unternehmer, der Freiberufler, der Handwerker ebenso

wiederfindet wie Arbeitnehmer, Hausfrauen, die ihre Familien versorgen, Schüler, Auszubildende und Studenten sowie Angehörige des Öffentlichen Dienstes, als spezielle Dienstleister.

Zur Eröffnung der 4. Bundesdelegiertenversammlung hatte der CDU-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr MdL, zu einer gesellschaftspolitischen Debatte in der MIT aufgerufen. Der Bundesvorsitzende der Vereinigung, Peter Rauen MdB, nahm dies gerne auf – ebenso die Kongressteilnehmer. Gehe es doch um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Und hier seien die Mittelständler in der Union besonders gefordert. ■

rhein-Westfalen wieder. Die alltäglichen Erfahrungswerte der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern mit dem Unterrichtsausfall an nordrhein-westfälischen Schulen steht im krassen Widerspruch zu den geschönten Berechnungen des Schulministeriums. In Wirklichkeit ist der tatsächliche Unterrichtsausfall in NRW viel höher als Ministerin Behler eingesteht. Sie verschweigt nämlich, dass die Landesregierung durch Maßnahmen wie Kürzung der Stundentafel und Erhöhung der Klassenfrequenz in der Vergangenheit den wirklichen Unterrichtsausfall massiv kaschiert hat.

Seit 1989 sind im Schulbereich über 30.000 Lehrerstellen eingespart worden. Alle diese Maßnahmen haben zur Folge, dass der tatsächliche Unterrichtsausfall in NRW bedeutend höher ist als von der Landesregierung eingeräumt wird.

Geld statt Stellen – ist Unterricht nach Kassenlage

Die Proteste gegen den erschreckend hohen Unterrichtsausfall haben die NRW-Schulministerin inzwischen massiv unter Druck und Zugzwang gesetzt. Die im März 1999 angekündigte Aufstockung des Programms „Geld statt Stellen“ um 27 Mio. DM erwies sich nur als ein Tropfen auf den heißen Stein. Für den Nachtragshaushalt 1999 kündigte die SPD-Fraktion deshalb ein „Initiativprogramm schule 1999/2000“ an, das angeblich 3.300 neue Lehrerstellen schaffen sollte. Wie der Entwurf des Nachtragshaushaltes zeigt, werden die Schülerinnen und Schüler in NRW durch dieses Maßnahmenpaket nicht eine Unterrichtsstunde mehr erhalten. Die Stellenvermehrung im Rahmen der Vorgriffregelung wurde kaum genutzt, dafür aber Stellen geschaffen rein zur Entlastung von Schulleitungen kleiner Schulen.

Durch die Zwangsteilzeit für Berufsanfänger und die Altersteilzeit werden zwar

mehr Lehrer beschäftigt sein, jedoch wird auch dadurch keine Unterrichtsstunde mehr erteilt. Die erneute Aufstockung des Programms „Geld statt Stellen“ mildert nur den langfristig vorhersehbaren Unterrichtsausfall, nicht jedoch die kurzfristigen, krankheitsbedingten Fehlzeiten. Die Wiedereinführung eines Vertretungspools für kurzfristigen, krankheitsbedingten Unterrichtsausfall im Grundschulbereich ist kein Ersatz für die weggefallene Stellenreserve, sondern allenfalls eine unzureichende Ersatzmaßnahme für eine einzelne Schulform. Insgesamt handelt es sich bei diesen Maßnahmen um ein Linderungspaket, nicht jedoch um ein wirksames Instrument zur Beseitigung des Unterrichtsausfalls.

Gesamtkonzeption fehlt

Unter dem Diktat des Finanzministers und seiner leeren Landeskasse weigert sich die Landesregierung entschieden, zusätzliche Planstellen auszuweisen und Lehrereinstellungen vorzunehmen. Es fehlt an einem schlüssigen Gesamtkonzept zur Beseitigung des Unterrichtsausfalls. Die inzwischen durchgeführten und angekündigten Ersatzmaßnahmen sind nur Flickschusterei, die nicht geeignet ist, eine angemessene Unterrichtsversorgung herzustellen, noch weniger sie langfristig zu gewährleisten. Der Grad der Unterrichtsversorgung schwankt vielmehr von Jahr zu Jahr je nach Kassenlage des Landes. Dies ist eine unhaltbare Situation, in der die Politik Farbe bekennen muss. Die CDU NRW spricht sich deshalb klar für eine Unterrichtsgarantie des Landes gegenüber den Schülern und Eltern aus. Unser Hauptkriterium bei der Lösung dieses elementaren Problems heißt Verlässlichkeit. Schüler und Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass der Schulunterricht regelmäßig und im vorgeschriebenen Umfang erteilt wird. Dafür hat verlässliche Bildungspolitik einzustehen.

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

„Die Globalisierung und die europäische Einigung haben Kommunikation und Arbeitsteilung in revolutionärer Weise intensiviert, den Austausch von Ideen und Know-how beflügelt. Im Zuge dieser Entwicklung sind die Leistungen von Unternehmen und Volkswirtschaften für nahezu jedermann vergleichbar geworden. Ausschlaggebender Faktor für eine positive Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit ist oftmals die Qualität des human capital. Wer hier einen Vorsprung erzielen und behaupten will, muß bei der Schulausbildung anfangen und sie den geänderten Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft anpassen.“ – So eine Passage aus dem Schreiben, mit dem die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Entscheidungsträger im Bereich Bildung zur Teilnahme an einer Fachtagung im Bildungszentrum Schloss Eichholz einlädt.

Veranstaltung Nr. 299

Schule und Wirtschaft – mit ökonomischer Bildung die Zukunft gewinnen!

Fachtagung 7.11.-9.11.1999

Schwerpunkte, Mitwirkende:

● Mit ökonomischer Bildung die Zukunft gewinnen: Das allgemeinbildende Schulsystem in Deutschland vor neuen Herausforderungen

Prof. Dr. W. Schlaffke, Köln
Stv. Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft

● Ökonomische Bildung im allgemeinbildenden Schulsystem: Situation und Konzeption ökonomischer Bildung und bildungspolitischer Rahmenbedingungen

Prof. Dr. H. Kaminski, Oldenburg
Universität Oldenburg, Institut für ökonomische Bildung

● Herausforderungen an das allgemeinbildende Schulsystem aus Sicht der deutschen Wirtschaft

An der von Prof. H. Kaminski moderierten Podiumsdiskussion nehmen teil:

- ▶ Prof. Dr. W. Schlaffke, Köln
- ▶ Prof. Dr. R. von Rosen, Frankfurt/Main, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Aktieninstituts e.V.
- ▶ Dr. W. Brinker, Oldenburg
Vorstandsvorsitzender der EWE-AG
- ▶ W.-J. Thormann, Oldenburg
Mitglied des Vorstands der Oldenburgischen Landesbank

● Jahrtausendwende: Anforderungen an eine moderne gymnasiale Bildung

OSTd Heinz Durner, Unterhaching
Vorsitzender des Deutschen Philologenverbands e.V.

● Maßnahmen zur Etablierung der ökonomischen Bildung im allgemeinbildenden Schulsystem – Ein Beispiel aus der Praxis

Ulrike Lexis, Gütersloh
Projektleiterin „Wirtschaft in der Schule“ der Bertelsmann Stiftung

Workshops zu den Themen/Leitung:

● Die Lehrplansituation in den Bundesländern

Prof. Dr. H.-J. Schlösser, Siegen
Universität – Gesamthochschule Siegen

● Lehrerausbildung zur Ökonomischen Bildung an Hochschulen

Prof. Dr. F.-J. Kaiser, Paderborn
Universität – Gesamthochschule Paderborn

● Kooperation Schule/Wirtschaft – WiGy:
Das Modell einer Netzwerkbildung

Dr. W. Brinker, Oldenburg
W.-J.- Thormann, Oldenburg

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 1331
D-50387 Wesseling
Fax Nr. 0 22 36/7 07-2 30



Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Die Tage werden kürzer, und langsam wächst die Vorfreude auf das Weihnachtsfest. Gerade in dieser Zeit gibt es alle Jahre wieder

sinnvolle Aktionen für Ihren CDU-Verband:

Glühweinverkauf:

Verkaufen Sie den Glühwein z.B. zum Preis von 5,- DM incl. Tasse. Die Tasse kann nach dem Genuß des Glühweins behalten werden. An ihrem Stand fällt dadurch kein Müll an.

Einpack-Service für Weihnachtsgeschenke

Hierzu eignen sich das neue Geschenkpapier und das neue Geschenkband sowie die ovalen Glanzaufkleber

Weitere Ideen:

- Aufbewahrungsdepot für Weihnachtseinkäufe
- Adventssingen
- Weihnachtsfeiern mit Kaffee und CDU-Gepäck
- Bastel-Nachmittage für Weihnachtsschmuck
- Christstollen und CDU-Plätzchenessen in der Fußgängerzone



● **Glühwein-Tasse**

„Jammert mir nichts vor . . .

Bestell-Nr.: **9514**

Verpackungseinheit: 6 Tassen,

Preis je 6 Tassen: 25,80 DM

● **CDU-Schal**

Bestell-Nr.: **9362**

Verpackungseinheit: 1 Schal

Preis je Expl.: 9,45 DM

● **Geschenkpapierrolle (blau oder rot)**

Format: 10m x 75cm

Bestell-Nr. rot: **0303**

Bestell-Nr. blau: **0302**

Verpackungseinheit: 1 Rolle

Preis je Rolle: 14,90 DM

● **Siegelmarke**

Bestell-Nr.: **0307**

Verpackungseinheit:

1 Rolle à 100 Aufkleber

Preis je Rolle: 7,50 DM

● **Schleifenband**

Bestell-Nr.: **0306**

Verpackungseinheit:

1 Rolle à 25m

Preis je Rolle: 11,90 DM

● **Flaschentasche (blau oder rot)**

Bestell-Nr. rot: **0305**

Bestell-Nr. blau: **0304**

Verpackungseinheit:

1 Set à 25 Expl.

Preis je Set: 27,50 DM

● **Weihnachts-CD**

Bestell-Nr.: **9300**

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 7,00 DM

● **Weihnachtsliederbuch**

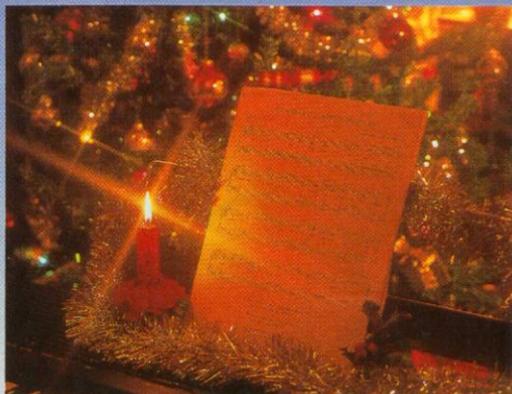
Bestell-Nr.: **2867**

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 24,75 DM



Advents- und Weihnachtslieder



CDU



Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellschrift per Post:

IS-Versandzentrum

Postfach 14 65

59306 Ennigerloh

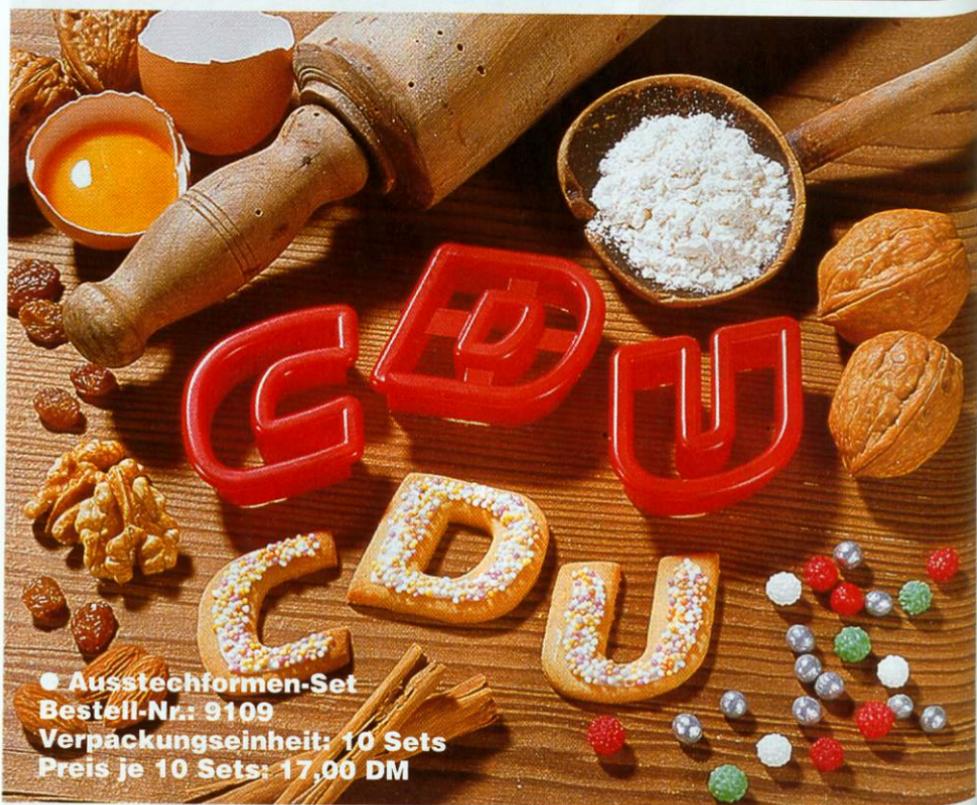
Fax: 0 25 24/91 13 10

E-Mail: cdu-shop@bertelsmann.de



(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



● Ausstechformen-Set
Bestell-Nr.: 9109
Verpackungseinheit: 10 Sets
Preis je 10 Sets: 17,00 DM

UiD

34/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den In-**
halt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg
Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon:
(02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:**
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113
Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119.
Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Pro-
fittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM.
Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** WVA Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.